

Bezugspreis:

Bestellpreis 7,50 M. monatlich 20 M. ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 29. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die abendliche Anzeigenzeile ...

Lloyd George über den Völkerbund.

Amsterd., 29. März. Einer Neutermine zufolge enthält die heute erscheinende Völkerbundausgabe des „Manchester Guardian“ eine Beschriftung Lloyd Georges über den Völkerbund...

An dieser Arbeit sich zu beteiligen, ist das deutsche Volk gern bereit, es fürchtet nur, daß weder in der Stimmung noch in den politischen und sozialen Verhältnissen der Ententestaaten die Vorbereitungen für das Gelingen des großen Werkes vorhanden sind...

Eintransport der Lebensmittel nach Deutschland.

Amsterd., 28. März. „Allgemein Handelsblatt“ meldet aus Rotterdam: Heute beginnt der Transport der Lebensmittel, die aus angrenzenden Ländern stammen und in Rotterdam lagern, nach Deutschland...

Die Ladung des „West-Carnifax“.

(Eigene Meldung.)

Der amerikanische Dampfer West-Carnifax, der am Donnerstag im Hamburger Hafen mit der Lösung seiner Ladung begonnen hat, brachte uns, entgegen den früheren Meldungen, lediglich 8600 T. kalifornisches Weizenmehl, aber keine Lebensmittel anderer Art...

Die Ladung des West-Carnifax ist für Hamburg, Altona, Berlin, Dresden, Leipzig und Magdeburg bestimmt. Der Preis steht noch nicht genau fest; die Tonne Weizenmehl kostet etwa 1800 M. teurer als die Tonne amerikanische Getreide...

Die Internationale in Amsterdam.

Amsterdam, 28. März. Von sozialdemokratischer Seite wird mitgeteilt, daß die Internationale sozialistischer Konferenzen in Amsterdam am 28. April beginnen wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen...

Ungarn und die Entente. Erklärungen Bela Kun.

Wien, 28. März. (Meldung des Holländisch-Niederländischen Bureau.) Der Budapest-Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem ungarischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Bela Kun. Dieser erklärte, es lasse nichts darauf schließen, daß die Entente militärische Verfügungen gegen Ungarn getroffen habe...

Kein Bündnisvorschlag Rußlands.

Die Nachrichten von dem Waffenbündnisvorschlag der Sowjetrepublik sind, wie wir erfahren, gänzlich aus der Luft gegriffen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Generalfreilich in Dortmund.

Die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet sind nach wie vor ungünstig, wenn auch nicht hoffnungslos. Die gewaltsame Einführung der sechs- und siebenstündigen Arbeitszeit hat noch ein wenig an Umfang zugenommen. In Dortmund streiken alle Großbetriebe und Schächte...

Die Treibereien gegen Dr. Schüding.

Protest der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, hat folgende Eingabe an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar gerichtet: Mit Empörung haben wir von den Wählerzeilen erfahren, die der Nationalverband deutscher Offiziere gegen Herrn Professor Walter Schüding ins Werk gesetzt hat...

Der Hochverrat der Schwerindustrie.

Von Arthur Saturnus.

Die Schwerindustrie rüstet seit einiger Zeit zu neuem Kampf. Ihr ist die Gespinntheit nicht fremd, den Stahl für Waffen an die Feinde ihres eigenen Volkes zu liefern. Millionenverspricht sie sich von dem Wirtschaftskampf gegen das Volksganze.

Die Eisenpreise steigen ins Wahnsinnige. Die neuen Kohlepreise bewegen sich für die verschiedenen Sorten auf einer Höhe, die etwa das Fünffache bis Sechsfache der Friedensnotierungen beträgt. Die Stabstahl- und Halbzeugpreise sind allein in den letzten 8 Monaten zweimal um je 100 M. pro Tonne heraufgesetzt worden...

Damit nicht genug, durchbrechen bereits einzelne Werke die Konventionen der Verbände, um die Preise für Stabstahl und Bleche noch um weitere 100-150 M. pro Tonne heraufzusetzen und damit das Sechsfache der Friedenspreise zu überschreiten.

Welche Mehrbelastung die gesamte weiterverarbeitende Industrie durch diese Preissteigerungen erfährt, läßt sich nur in Milliarden berechnen. Unsere Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt ist bei solchen Preisen völlig ausgeschaltet. Die allgemeine wirtschaftliche Notlage schreit zum Himmel - während die Abhilfe mit den steigenden Kosten von Tag zu Tag schwerer wird.

Ist das notwendig? Die Frage stellen, heißt, nach den Ursachen der Preissteigerungen fragen. So übel es ist, in dem Unrat der Kriegswirtschaft herumzuwühlen, so notwendig ist es, will man das Treiben dieser wenigen Leute, die darin zu bestimmen haben, gebührend kennzeichnen.

Während des Krieges hat die Schwerindustrie jede Förderung um höhere Preise damit begründet, daß sie durch ihre Agenten in den Reichsstellen erklären ließ, sie gehe sonst ihrem Ruin entgegen. Ein jeder weiß, daß sie ihre Erträgnisse aber nicht im geringsten verminderte, sie vielmehr ungeheuerlich gesteigert hat. Kurz vor dem Zusammenbruch der Kriegspolitik munkelte man, daß die größeren Werke die Dividenden für die nächsten 5 Jahre bereits vernichtet. Als Tatsache aber bleibt bestehen, daß die Gewinne, welche die normalen Erträge zu Zeiten der Hochkonjunktur noch übersteigen, sich auf Milliarden beziffern...

Lohnerhöhungen sind nicht die Gründe für Preissteigerungen in solchem Umfang. Sie allein würden eine erhebliche Minderung der heutigen Preise zulassen, wenn die Werke auf ihren Gewinn verzichteten.

In Zeiten der Geschäftsverluste sollte auf Reservefonds zurückgegriffen werden. Heute scheut man nicht nur den Gewinnausfall, man entblödet sich nicht, die Zustände wirtschaftlicher Not noch zur Erzielung hoher Gewinne auszunutzen. Alle Werke arbeiten in Streikzeiten mit geringeren Ergebnissen, ohne darum Preise heraufzusetzen, solange Konkurrenz droht. Nur die deutsche Schwerindustrie und die ihr gleichgesinnten Unternehmer wölben auch die größte Not des Volkes ihrem Geldbeutel dienlich machen...

Begrüßt denn kein Mensch, daß das in heutiger Zeit Hochverrat ist?

Die Schwerindustrie, die deutsches Eisen für französische Granaten geliefert hat, fragt danach nicht. Ihr kommt es auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands ebenso wenig an, wie auf den Verlust des Krieges, an dem sie natürlich keine Schuld haben will. Ihr verdanken wir zum besten Teil die Geldentwertung. Denn sie hat zuerst bei Kriegsbeginn die Abjapppreise für Granatstahl unerhört hoch bemessen, dann schnappte mit Vohnüberbietungen ein Werk dem anderen die Arbeiter weg - und dann erst





